

Standorte. Statt 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche stillzulegen und auf dem Rest, nämlich auf 90 % der Fläche umweltbelastend und hoch intensiv zu wirtschaften, sollten besser 20 % oder mehr der Fläche extensiviert werden.

Durch großzügige Förderungen von Extensivierungen werden erstens Überschüsse abgebaut, zweitens Aufwendungen für Energie und Agrochemikalien gesenkt, d. h., auf diesen Flächen wird auch sauberes Grundwasser erzeugt. Das ist unsere wichtigste Trinkwasserquelle.

Durch großzügige Förderung von Extensivierungen werden weiterhin artenreiche und stabil produzierende Agrarlandschaften erhalten, so daß ich die Forderung erhebe, daß die Prämierung so zu gestalten ist, daß sich Extensivierung für den Bauern eher lohnt als Flächenstillegung.

Ich empfehle, auch als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit, zusätzlich die Überweisung des Entwurfs an den Umweltausschuß. - Ich danke.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke schön. - Ich bitte Herrn Abgeordneten Meyer-Bodemann von der Fraktion DBD/DFD ans Rednerpult.

Dr. Meyer-Bodemann für die Fraktion DBD/DFD:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist notwendig, um den Übergang zur sozial und ökologisch fundierten Marktwirtschaft in der Landwirtschaft der DDR ökonomisch zu ebnen und zu erleichtern.

Es bildet eine notwendige Grundlage zur Wahrnehmung der Möglichkeiten, die der am 21.6. 1990 von den Parlamenten der DDR und der BRD bestätigte Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion beinhaltet.

Das Gesetz ist gut und brauchbar für die Land- und Forstwirtschaft der DDR in der Übergangphase insoweit das die darin vorgeschlagene und vorgesehene Konzeption betrifft. Leider findet diese gute Konzeption in den konkreten Dingen des Staatsvertrages für das 2. Halbjahr 1990 nur völlig ungenügend eine Parallele, weil zwar 5,3 Mrd. D-Mark Förderungsmittel vorgesehen sind, aber nur 2,2 Mrd. davon tatsächlich den Bauern zugute kommen. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik stehen im 2. Halbjahr 1990 - ohne den Preissturz in der Mitte des Jahres - 15,1 Mrd. D-Mark Agrarförderung zur Verfügung. Das sind 500 % - und das ohne Preissturz. Mit diesen finanziellen Mitteln werden nur 20 % des Bedarfs an Hilfe für den objektiv notwendigen Gang in den freien Wettbewerb, der für die Bauern einen Erzeugerpreissturz auf 45 % bei Beibehaltung der Vergütungs-, Produktions- und Zinskosten bedeutet, gesichert. Eine Verschuldung der Bauern der DDR von 9 Mrd. D-Mark 1990 bleibt also programmiert - gemildert durch gute Worte in einem gutgemeinten Gesetz. Das ist ein Einstieg so schlecht, wie er nur denkbar sein kann.

Die dritte Enteignung der Bauern in diesem Land nach 1945 wird durch das vorliegende Gesetz also leider nicht verhindert, weil eben ein gutes Gesetz nicht eine mangelhaft durchdachte Bauernpolitik für den Osten Deutschlands aufheben kann. Trotzdem ist die Fraktion DBD/DFD für die Überweisung des Gesetzes in die vorgesehenen Ausschüsse und geht dabei davon aus, daß wirtschaftliche Vernunft auch für die Land- und Forstwirtschaft der DDR jetzt endlich über mangelhafte politische Zielstellung siegen wird. Wir verbinden das mit der Hoffnung, daß die Aufklärung der Gesetze und Förderungsmöglichkeiten so real durch das Landwirtschaftsministerium erfolgt, daß entstehende Familienbetriebe und Produktivgenossenschaften wissen, daß sie zwar wieder eine benachteiligte Bevölkerungsgruppe sind, aber es wie immer in der Vergangenheit mit Fleiß und Mut und Zähneknirschen schaffen können.

Es bleibt der Hinweis in diesem Zusammenhang an meine Vorrednerin von der DSU, daß die Landwirtschaft im Osten im

Gegensatz zu Süddeutschland auch vor 1945 großflächig betrieben wurde und daß eine generelle Umstrukturierung auf Familienbetriebe unser Volk mindestens 60 Mrd. D-Mark kosten würde - ohne gesicherte Effizienz für diesen Aufwand. Auf Grund der Bedingungen der Landwirtschaft in der EG. Auf großflächiger Basis sind das nur 10 %, also 6 Milliarden.

(Beifall bei DBD/DFD und PDS)

Aber wir sind für die Gleichberechtigung, und wir hoffen, daß Familienbetriebe entstehen, daß Bauern da sind, die diesen Mut trotzdem aufbringen und das effizient machen. Aber ökonomische Vernunft wollen wir doch gerade jetzt behalten.

(Beifall bei DBD/DFD, PDS und SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Lubk (CDU/DA):

Herr Kollege Dr. Meyer-Bodemann! Sie sprachen hier von einem Preisbruch, einem Preissturz, der die Bauern - ich würde es mal so formulieren - fast in die Verelendung führt.

(Dr. Meyer-Bodemann: Nein!)

Sie sind der Meinung, wenn Sie von einem Preisbruch sprechen, daß die jetzigen Preise in der DDR irgendwo eine Basis der Realität und der ökonomischen Vernunft hatten? Es war doch die unvernünftigste Agrarpolitik, solche Preise 1984, um irgendwelchen Effektivitätszuwachs zu beweisen, überhaupt zu schaffen. Es sind ja künstliche Preise und niemals ökonomisch begründete Preise. Deshalb würde ich diesen Vergleich hier in dem Hause nicht treffen.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Bitte eine Anfrage!

Dr. Meyer-Bodemann (DBD/DFD):

Herr Abgeordneter! Ich habe zwei Fragen herausgehört aus Ihrer Frage. Die erste Frage war, ob ich die bisherigen Preise in der Landwirtschaft für vernünftig halte. Gestatten Sie, daß ich Ihnen darauf mit Nein antworte. Wir sind da offensichtlich einer Meinung.

Aber die zweite Frage ist, daß natürlich die Bauern wie alle anderen in diesem Land schnell die deutsche Einheit und einen einheitlichen deutschen Staat unter freiheitlichen Bedingungen wollen, daß aber in diesem Prozeß niemand voraussehen konnte, daß die Währungsunion - und in diesem Zusammenhang der Preisabfall - nun gerade Mitte des Jahres kommt. Und damit sind sie eine alleinstehende Gruppe. Nur in der Landwirtschaft findet das statt. Wenn das zum Jahresende stattfinden würde, würde es überhaupt keine Probleme geben oder nur dort, wo die Landwirte nicht vernünftig arbeiten. Darum geht es, um dieses Problem Mitte des Jahres. Sie sind ja selbst Vorsitzender einer LPG Pflanzenproduktion und wissen ja, daß hohe Produktionsvorschüsse im ersten Halbjahr nun plötzlich und ohne unser Wollen, ohne böse Absicht von jemanden, im zweiten Halbjahr niedrigen Erzeugerpreisen gegenüberstehen. Das ist ein Zufall, aber dieser trifft uns eben.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke schön. Eine weitere Anfrage.